

Text

2941 **Frieden und internationale Ordnung**

2942 (313) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur
2943 global lösen.

2944 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler
2945 Kooperation.

2946 (314) Eine an Frieden, Solidarität und globaler Gerechtigkeit orientierte
2947 Politik braucht
2948 Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts
2949 in den
2950 internationalen Beziehungen glauben. Multilaterale Zusammenarbeit in den
2951 internationalen
2952 Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

2953 (315) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung
2954 globaler
2955 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte der oder des
2956 Einzelnen schützt,
2957 Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit löst.

2958 (316) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte
2959 Nationen mit dem
2960 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das legitime Forum, um
2961 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele
2962 zu
2963 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

2964 (317) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische
2965 Union als
2966 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt im Rahmen der Vereinten
2967 Nationen
2968 bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser
2969 Verantwortung kann
2970 die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und
2971 gemeinsam handelt.
2972 Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige
2973 Vertiefung und
2974 Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen
2975 Republik.

2976 **Europäische Union**

2977 (318) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische
2978 Souveränität
2979 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union

2980 auf eine
2981 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das
2982 Projekt EU immer
2983 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren unabgesprochen und oft auch
2984 unsolidarisch.
2985 Gerade in Krisen aber lernen wir, dass Europa als Gemeinschaft stärker ist.
2986 Gerade in Krisen
2987 wird klar, dass die Europäische Union mehr ist als ihr Binnenmarkt und dass sie
2988 als
2989 politisches Projekt weiterentwickelt werden muss.

2990 (319) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der
2991 Europäischen
2992 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung,
2993 die
2994 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

2995 (320) Freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit sind Meilensteine der
2996 europäischen
2997 Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

2998 (321) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames
2999 strategisches
3000 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.
3001 Indem die EU
3002 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen
3003 und den
3004 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an
3005 Menschenrechten und
3006 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

3007 (322) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt ist die EU wirtschaftlich gesehen ein
3008 Riese. Es
3009 ist unsere Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und
3010 Gemeinwohl
3011 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert,
3012 statt sie zu
3013 verstärken. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll
3014 davon einen
3015 Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

3016 (323) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche
3017 Brille
3018 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen
3019 paneuropäischen Diskurs durch eine europäische Öffentlichkeit. Dafür sind
3020 nichtkommerzielle
3021 und europäisch geförderte Kommunikations- und Begegnungsräume für alle
3022 Europäer*innen
3023 notwendig – digital, über die klassischen Medien und im direkten Austausch
3024 miteinander.

3025 (324) Die Europäische Union wächst mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht
3026 alle
3027 europäischen Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Doch die europäische

3028 Einigung
3029 und die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für
3030 kollektives
3031 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte
3032 eher gehen als
3033 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer
3034 sicherzustellen, dass das
3035 europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird und alle Mitgliedstaaten
3036 sich jederzeit
3037 anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien
3038 auch gegen die
3039 nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische
3040 Einigungswerk
3041 fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

3042 (325) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte
3043 und daraus
3044 abgeleiteter Interessen die Regeln des internationalen Umfelds mitgestalten.
3045 Eine geeinte
3046 Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt behaupten und
3047 demokratische
3048 Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und
3049 die globalen
3050 Nachhaltigkeitsziele.

3051 (326) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik
3052 entscheidend
3053 mitzugestalten. Dabei gilt es, eine gemeinsame außenpolitische Strategie
3054 gegenüber
3055 nationalen Einzelinteressen der Mitgliedstaaten zu fördern. Das Prinzip der
3056 Einstimmigkeit
3057 soll durch Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich ersetzt werden, um die
3058 gemeinsame
3059 Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so
3060 handlungsfähiger zu
3061 werden.

3062 (327) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen
3063 Verpflichtungen im
3064 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der
3065 politischen
3066 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen
3067 und
3068 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern
3069 mitzugestalten.
3070 Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen vor Europas
3071 Haustür
3072 tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU wie
3073 auch die
3074 Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten stärken
3075 Demokratisierung,
3076 Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche Entwicklung. Sie sollen
3077 ausgebaut

3078 werden. Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind
3079 im
3080 Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Säulen einer
3081 multilateralen
3082 Weltordnung.

3083 Bündnispolitik

3084 (328) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der
3085 internationalen
3086 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von
3087 Deutschland und
3088 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu
3089 verstärken und
3090 die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und
3091 europäische
3092 Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform durch Stärkung. Das
3093 ist gerade
3094 wichtig in Zeiten, in denen nationale Egoismen zunehmen und wichtige
3095 Entscheidungen
3096 blockiert werden.

3097 (329) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die
3098 Realitäten
3099 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und
3100 finanzielle
3101 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der
3102 Regionen und
3103 Beitragsleister im Sicherheitsrat.

3104 (330) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN
3105 und als
3106 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre
3107 Aufgabe
3108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat
3109 ausführen. Dafür
3110 sind deutlich höhere zweckgebundene Beiträge an die WHO notwendig.

3111 (331) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft
3112 blockiert
3113 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der
3114 internationalen
3115 Ordnung Vorreiter.

3116 (332) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen
3117 informelle Formate
3118 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die
3119 nicht an ihnen
3120 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die
3121 internationale
3122 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen.
3123 Sie müssen

3124 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den
3125 Sozial- und
3126 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

3127 (333) Neben der staatlichen Zusammenarbeit unterstützen wir Bündnisse mit und
3128 zwischen
3129 Städten und Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften.
3130 Nichtstaatliche
3131 Akteure gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und
3132 multilateraler Ebene
3133 einbezogen und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der
3134 globalen
3135 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue
3136 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung
3137 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales
3138 Vorgehen gibt, kann
3139 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und
3140 Migrationspolitik
3141 vorangegangen werden.

3142 (334) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler
3143 Wirtschaftskreisläufe
3144 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler und
3145 regionaler
3146 Ebene.

3147 (335) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist
3148 für viele
3149 Menschen wesentlich. Statt immer öfter in regionale Nationalismen,
3150 Unabhängigkeitsbestrebungen oder gewaltsame Konflikte zu verfallen, brauchen wir
3151 eine
3152 Politik für nationale Minderheiten, die Beteiligungsrechte und kulturelle
3153 Partizipation
3154 sichert.

3155 Globale Sicherheit

3156 (336) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt
3157 Sicherheit nicht von
3158 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile
3159 Krisenprävention,
3160 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine gewaltfreie
3161 Regelung von
3162 Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung
3163 und die
3164 Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer nachhaltigen
3165 Sicherheitspolitik.

3166 (337) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn
3167 beides schon
3168 in Gefahr ist. Konsequenz auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der

3169 Vorsorge

3170 viel Leid verhindern.

3171 (338) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden.

3172 Dazu bedarf

3173 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung und
3174 eines

3175 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Medizin, Praxis und

3176 Politik. Zivile

3177 Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem
3178 Einsatz

3179 militärischer Gewalt. Wo sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf
3180 an,

3181 präventiv zu handeln.

3182 (339) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.

3183 VN-geführte

3184 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und
3185 als solche

3186 trotz aller Defizite zu stärken.

3187 (340) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und
3188 das breite

3189 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile

3190 Krisenprävention,

3191 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige

3192 Kultur- und

3193 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeixperten,

3194 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die

3195 Stärken der

3196 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss institutionell, personell

3197 und

3198 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

3199 (341) Maßgabe einer starken Außenpolitik und Grundlage für Sicherheit ist die

3200 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der internationalen

3201 Politik. Es

3202 gilt, in jedweder Art diplomatischer Verhandlungen oder bei der Zusammensetzung
3203 sicherheits-

3204 und außenpolitischer Gremien im Sinne einer feministischen Außenpolitik Frauen

3205 gleichberechtigt zu beteiligen. Frauen sind in besonderem Maße von Kriegen und

3206 gewaltsamen

3207 Konflikten betroffen. Für den Frieden einzustehen heißt also auch, für den

3208 Schutz der

3209 Menschenrechte von Frauen Sorge zu tragen. Frauen spielen eine wichtige Rolle in

3210 Versöhnungs- und Friedensprozessen. Ihr Ausschluss ist nicht nur eine

3211 frauenspezifische

3212 Diskriminierung, die über den Friedensschluss hinauswirkt, sondern er verhindert

3213 stabilen

3214 Frieden.

3215 (342) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher

3216 ein

zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
Dafür ist
ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima-
und
Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den
Folgen der
Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und
Überschwemmungen
betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

(343) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und
bleiben
wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle
bringen am Ende
global mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung
und zum
Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen
Massenvernichtungswaffen.
Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch
ist nichts
Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

(344) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,
menschenrechtsverachtende Regime
und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive
europäische
Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-
Leitlinien für
Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische
Rüstungsexportkriterien verstoßen, haben in Zukunft mit Sanktionen zu rechnen.

(345) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung durch den Menschen
bei Auswahl
und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung
dar. Es ist von
entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden, autonome Waffentechnologien
international zu
ächteten und zu verbieten. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern,
brauchen wir
hohe Sicherheitsstandards und einen internationalen Verhaltenskodex.

(346) Europa muss sich gegen Angriffe auf seine kritische Infrastruktur
schützen. Um
Angriffe über und auf das Internet zu verhindern, braucht es mehr eigene
Anstrengung zur
Sicherung der Infrastruktur und ein internationales Vertragswerk.

(347) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit
sich. Wir
wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid
führen kann.
Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte
VN-Konzept der

3265 Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als
3266 internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten
3267 Menschenrechtsverletzungen
3268 und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

3269 (348) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte
3270 Parlamentsarmee.
3271 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat*innen
3272 sowie die
3273 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten.
3274 Der Auftrag
3275 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen
3276 für
3277 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner
3278 verlassen
3279 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen.
3280 Direkte
3281 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der
3282 NATO.

3283 (349) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in
3284 Uniform“ binden
3285 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.
3286 Eine
3287 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Diversität
3288 der
3289 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher
3290 sozialer
3291 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von
3292 Frauen, die in der
3293 Bundeswehr beschäftigt sind. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen
3294 der deutschen
3295 Geschichte darf für Rechtsextremismus in der Bundeswehr kein Platz gelassen
3296 werden.

3297 (350) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel.
3298 Bewaffnete
3299 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger
3300 kollektiver
3301 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz
3302 und dem
3303 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo
3304 staatliche
3305 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das
3306 Vetorecht im
3307 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die
3308 Menschlichkeit zu decken,
3309 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso
3310 Menschenrechte und
3311 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

3312 (351) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss Europa seiner
3313 Verantwortung für die

3314 eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame europäische
3315 Sicherheits-
3316 und Verteidigungspolitik setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus.
3317 Wir wollen
3318 an einer Sicherheitsunion arbeiten, die parlamentarisch kontrolliert ist.
3319 Anstatt immer mehr
3320 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die
3321 verstärkte
3322 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten
3323 sollten
3324 gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von
3325 EU-Einheiten
3326 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

3327 (352) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch,
3328 vorausschauend, umfassend
3329 und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame
3330 Analysefähigkeit sowie eine
3331 Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer
3332 mehr
3333 Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden
3334 können.

3335 (353) Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender
3336 Bestandteil
3337 der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen.
3338 Sie leidet
3339 unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und
3340 einer
3341 unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung.
3342 Mit einer
3343 stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und
3344 mit
3345 Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der
3346 NATO,
3347 geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

3348 (354) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in
3349 der EU. Wir
3350 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des
3351 OSZE-Raums. Die
3352 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in
3353 ganz Europa
3354 voranzubringen.

3355 Globale Strukturpolitik

3356 (355) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche
3357 der Politik,
3358 egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch
3359 die
3360 Innenpolitik der einzelnen Staaten. Für eine gerechte Globalisierung braucht es

3361 deshalb eine
3362 globale Strukturpolitik, die sich von einer „Politik nach außen“ löst und einen
3363 abgestimmten
3364 Ansatz verfolgt. Es ist an der Zeit, das Regieren und die Regierungsstrukturen
3365 ins 21.
3366 Jahrhundert zu führen. Das heißt auch, den Tunnelblick auf das eigene Ressort zu
3367 beenden und
3368 innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle
3369 politischen
3370 Entscheidungen müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

3371 (356) Menschenrechte, die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17
3372 Zielen für
3373 eine nachhaltige Entwicklung sind der Handlungsrahmen für eine globale
3374 Strukturpolitik. So
3375 wurden in der Vergangenheit unter anderem bereits große Erfolge bei der
3376 Bekämpfung von Armut
3377 und Hunger sowie dem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erreicht. Mit
3378 unseren
3379 Partner*innen gestalten wir zusammen weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im
3380 Einklang mit
3381 Krisenfestigkeit, sozialer Gerechtigkeit und innerhalb der planetaren Grenzen.
3382 Um die
3383 globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben
3384 möglichst krisenfest
3385 zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

3386 (357) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in
3387 ärmeren Regionen
3388 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen
3389 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen.
3390 Internationale
3391 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem
3392 Partnerschaftsprinzip
3393 bei globalen Herausforderungen.

3394 (358) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden
3395 durch ein
3396 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des
3397 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.
3398 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts-
3399 und
3400 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu
3401 unterlassen.

3402 (359) Es braucht öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört wirksam
3403 ausgeweitet und
3404 verbessert. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die
3405 Förderung der
3406 Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen
3407 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei
3408 der
3409 Anpassung und Bewältigung der Schäden durch die Klimakrise in der Verantwortung.

(360) Als weltweit größter Geber hat die EU ein großes Potential für mehr
Kohärenz und
Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine
europäische
Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten.
Eine gemeinsame
europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen
europäischen
Handelns werden.

(361) Die feministische Perspektive ist auch in der gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik der EU sowie in der internationalen Handelspolitik zu
verankern und
anzuwenden. Jede Planung und Durchführung von Projekten, etwa der
Entwicklungszusammenarbeit, ist darauf auszurichten, Geschlechtergerechtigkeit
zu fördern
und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen
Ressourcen zu
verwirklichen.

(362) Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale
Ungleichheit
zu bekämpfen. Sie fördert Transparenz, liefert wichtige Fakten und Impulse und
bereichert
öffentliche Debatten. Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive
Zivilgesellschaft angewiesen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer
kritischen
Zivilgesellschaft global zu verteidigen.

Handel

(363) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe
an Gütern
und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist dabei kein
Selbstzweck, sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen
Entfaltung.
Er soll fair gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur
Umsetzung der UN-
Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
konterkarieren.

(364) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten
WTO soll für
den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche
bilaterale
Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und
demokratisch
zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

(365) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und
Klimaschutz, die
Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von

3456 Arbeitnehmer*innen-
3457 Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit
3458 durchzusetzen.
3459 Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung,
3460 Gesundheit
3461 oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und unterliegen einem öffentlichen
3462 Interesse.
3463 Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.

3464 (366) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit
3465 überlebensnotwendigen
3466 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen
3467 globalen
3468 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt
3469 produziert
3470 werden können.

3471 (367) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe
3472 beachten und
3473 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern,
3474 wie zum
3475 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

3476 (368) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und
3477 in der
3478 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit
3479 öffentlichen
3480 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
3481 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

3482 (369) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu
3483 stärken. Sie
3484 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und
3485 welche sie
3486 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher
3487 ökologischer
3488 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen. Denn formal
3489 gleiche
3490 Rechte bei ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten
3491 Ergebnissen.

3492 (370) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt
3493 müssen frei
3494 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit.
3495 Dafür soll
3496 Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und
3497 ist über
3498 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und gesetzliche
3499 Verpflichtungen,
3500 herzustellen.

3501 Finanzmärkte und Währungsordnung

3502 (371) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts
3503 eine schwere
3504 Wirtschaftskrise ausgelöst und in Schwellenländern immer wieder zu schweren
3505 Verwerfungen
3506 geführt. Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert,
3507 verteuert und
3508 notfalls verboten werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten
3509 Spekulationen soll
3510 künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und
3511 internationale
3512 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.

3513 (372) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite
3514 Entwicklung und
3515 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte
3516 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern, nicht nur den wohlhabenden, eine
3517 langfristige
3518 und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung
3519 von
3520 kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von
3521 Wechselkursen.

3522 (373) Nur globale öffentliche Institutionen können uns gegen spekulative
3523 Attacken auf
3524 Staaten und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine
3525 weltweite
3526 Kooperation der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des IWF.
3527 So soll
3528 Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein stabiler Rahmen gesetzt
3529 und Krisen
3530 sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank steht schon jetzt in
3531 der
3532 Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am wenigsten
3533 entwickelte
3534 Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und abzusichern.
3535 So hilft
3536 europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern zu
3537 vermeiden und deren
3538 Entwicklung zu fördern.

3539 (374) Überschuldung schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst
3540 auch die
3541 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung,
3542 Bildung und
3543 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss
3544 regelbasierte
3545 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch
3546 Schuldenerlasse,
3547 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

(375) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene europäische Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

Migration und Flucht

(376) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Innovation. Der Globale Pakt für Migration stärkt und sichert die Rechte und die Freiheit von Menschen, die in anderen Ländern leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Er ist Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtsbasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Seine Prinzipien müssen national verbindlich umgesetzt werden.

(377) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb braucht es ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien für legale Einwanderung. Das schließt mit ein, dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht.

(378) Flucht ist, wenn Menschen aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, massiven Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Das international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet bleiben.

(379) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch klimabedingte Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss sein, durch

3595 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen
3596 ihre Heimat
3597 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre
3598 Heimat
3599 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in
3600 eine
3601 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen
3602 Schutzstatus.

3603 (380) Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schweben, fortdauernde Unsicherheit
3604 und
3605 Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss wieder zur Ausnahme
3606 werden. Menschen,
3607 die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in Kriegs- und
3608 Krisengebiete verbieten sich.

3609 (381) Ordnung braucht Humanität. Humanität braucht Ordnung. Rechtsstaatliche und
3610 geordnete
3611 Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der menschenrechtlichen Verantwortung der
3612 EU. Der
3613 sichere und geordnete Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu
3614 fairen, nach
3615 völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa ist zu
3616 gewährleisten.
3617 Dafür braucht es kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung
3618 –
3619 perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie schnelle,
3620 rechtsstaatliche
3621 Verfahren und ein einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung
3622 innerhalb der
3623 EU fair verteilt.

3624 (382) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
3625 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit
3626 Nachbarstaaten und
3627 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Besonderen Schutz brauchen vulnerable
3628 Gruppen wie zum
3629 Beispiel LGBTIQ, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen.

3630 (383) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht
3631 die Menschen
3632 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar-
3633 oder
3634 Rüstungsexportpolitik müssen konsequent auf ihre soziale und wirtschaftliche
3635 Wirkungen in
3636 Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den
3637 Nachhaltigkeitszielen
3638 der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.